

## **„Lichtgestalt“ Theodor zu Guttenberg (CSU) macht Anwälte reich**

AfA-OWL; Hermann Hibbeler 12.08.09

**Externe Berater bekamen 2,5 Millionen Euro für Arbeit an Gesetzentwürfen Grünen-Spitzenkandidatin Künast und Justizministerin Zypries kritisieren in der heutigen Presse Wirtschaftsminister Guttenberg der sich gleich einen ganzen Gesetzesentwurf durch ein Londoner Anwaltsbüro ausarbeiten und an seine Ministerkollegen verschickte.**

Die Bundesregierung lagert immer mehr ihrer Gesetzesarbeit an externe Berater aus. Nach einer Regierungsantwort auf eine Anfrage der Linkspartei gaben Ministerien der großen Koalition zwischen 2006 und 2009 insgesamt knapp 2,5 Millionen Euro für solche Zuarbeit, meist von Anwälten, aus.

Guttenberg hat zwar durch seinen Sprecher erklären lassen, dass er die „Experten“ nur als externen Sachverstand eingekauft habe, „die Großkanzlei „Linklaters sei lediglich bei der Umsetzung unserer inhaltlichen Vorgaben beteiligt“ worden.

Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge waren aber die Seiten des Entwurfs durchgehend mit dem Signet der Kanzlei versehen.

Und dazu der Spiegel: „Mit maroden Banken scheint man sich bei Linklaters auszukennen: Die international tätige Großkanzlei - sie beschäftigt weit über 2000 Anwälte - beriet beispielsweise über Monate die Deutsche Industriebank IKB, zuletzt Ende Februar 2009 beim Verkauf von Kreditprodukten in Höhe von 2,6 Milliarden Euro. Die IKB hatte im Herbst 2007 vor der Zahlungsunfähigkeit gestanden.“

Auch die Bundesjustizministerin sieht gegenüber der Presse die Auslagerung der Arbeit von Ministerien an private Kanzleien kritisch. „Ich halte davon nichts“, sagte Zypries. Deshalb arbeite ihr Ministerium Gesetzentwürfe stets selbst aus. „Ein Rechtsanwalt hat keine Erfahrung in der Formulierung von Gesetzentwürfen und in der Regel auch einen anderen Blickwinkel“, begründete sie ihre Haltung.

Ich meine, die Praxis, Gesetze von Anwaltskanzleien und Beratungsunternehmen formulieren zu lassen ist einerseits eine Verschwendung und andererseits zumindest risikobehaftet, den Interessen von Lobbyisten aufzusitzen. Obendrein bescheinigt man damit den MitarbeiterInnen der Ministerien fehlenden Sachverstand.

Zu Guttenberg steht zwar mit dieser Praxis nicht allein da, aber es bekommt bei ihm ein besonderes „Geschmäcke“, denn es ist ein offenes Geheimnis, dass er sich entschieden gegen weitgehende staatliche Eingriffe wehrt. Wenn er ausgerechnet und ausschließlich von einer Anwaltskanzlei ein Gesetz für die Banken erarbeiten lässt, die Banken wie die IKB oder die Nordbank beraten hat, die dem Steuerzahler Milliarden Schaden durch ihr Missmanagement verursacht haben, kann man auf den Gedanken kommen, dass er seinen Mitarbeitern nicht traut, ihm die richtige „Munition“ für seinen Wahlkampf zu liefern.

An dieser Stelle sei dringend die Lektüre des 2008 erschienen Buches des Fernseh-Journalisten Sascha Adamek und Monitorredakteurs Kim Otto (Kiepenheuer & Witsch Verlag – jetzt auch als Taschenbuch - 20. April 2009 erschienen) **„Der gekaufte Staat: Wie bezahlte Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben“** empfohlen.

Die Autoren schildern sehr anschaulich, wie Großkonzernen und Industrieverbänden bezahlte Mitarbeiter, in Ministerien bei der Gesetzgebung und Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben des Staates "behilflich" sind. Beispiel: Strom und Gas, die Tätigkeit der Heuschrecken, die Gesundheitspolitik, die Tätigkeit der Bauindustrie als privater Partner der Kommunen im Rahmen von ÖPP-Projekten, die Verteidigungspolitik, die Technologieförderung, den Luftverkehr und vieles mehr.....

Die Ausleihe von Verbandsvertretern, Rechtsanwälten und Beratern an die Ministerien ist auch eine Folge von sogenannten „Entbürokratisierungsstrategien“ und der systematischen Verarmung der öffentlichen Hände. Damit hat man in den Ministerien Bedarf für die interne Beratung durch Dritte geschaffen. Was die Autoren aufgreifen ist in der Tat eine brisante und Demokratie gefährdende Angelegenheit, denn gegenüber den Parlamentariern sind diese „U-Boote“ oftmals nicht erkennbar und werden für Ministeriumsmitarbeiter gehalten.

**Wer sich weiter informieren und nicht dem „Jubel-Adel“ wie Stern & Co vertraut möge weiterlesen unter <http://www.nachdenkseiten.de/> und/oder <http://www.lobbycontrol.de/> und / oder [transparency.de](http://www.transparency.de) und / oder er schaut regelmäßig bei uns, der OWL-AfA vorbei [www.afa-owl.de](http://www.afa-owl.de)**